

# Warum Hans nicht „mehr Europa“ will

In seiner Regierungserklärung bekannte sich der Ministerpräsident klar zur EU, übte aber auch Kritik.

VON NORA ERNST

**SAARBRÜCKEN** Die Europäische Union steckt in der Krise, und die Politik zerbricht sich den Kopf, wie der **EU-Verdrossenheit vieler Bürger** bezukommen ist. Der saarländische Ministerpräsident Tobias Hans (CDU) lieferte gestern im Landtag seine Antwort auf diese Frage. Die dürfe kein „plumpes „Mehr Europa““ sein, sagte Hans in seiner Regierungserklärung, die er anlässlich der Unterzeichnung des Aachener Vertrags am 22. Januar und der

**„Wir müssen uns fragen: Was läuft falsch in der EU, wenn sich die Bürgerinnen und Bürger von ihr abwenden?“**

**Tobias Hans (CDU)**  
Ministerpräsident

Übernahme der Präsidentschaft des Gipfels der Großregion durch das Saarland abgab. Notwendig sei **kritische Selbstreflexion**. „Wir müssen uns fragen: Was läuft falsch in der EU, wenn sich die Bürgerinnen und Bürger von ihr abwenden?“

Hans sieht die Ursache in der Fülle an EU-Verordnungen und -Richtlinien. Bei vielen Menschen bestehe das Gefühl, dass im „fernen Brüssel“ Dinge beschlossen würden, die sie nicht beeinflussen könnten. **Gemeinsame Standards etwa im Umwelt- und Verbraucherschutz seien wichtig. Aber** man müsse sich fra-

gen, wie weit das im Einzelfall gehen muss. **„Wie sinnvoll ist es, für Stickoxide EU-weit bindende Grenzwerte festzulegen, wenn der Umgang damit, wie wir wissen, in der Praxis ohnehin sehr unterschiedlich ist?“**, fragte Hans – eine deutliche Kritik in der Debatte um Diesel-Grenzwerte. Er forderte, sich auf das Subsidiaritätsprinzip zu besinnen, staatliche Aufgaben also so weit möglich auf der unteren Ebene zu belassen.

Die Akzeptanz für die EU schwinde. Dies zeige sich am Brexit, aber auch an den **EU-skeptischen Kräften im Europäischen Parlament, deren Anteil von wenigen Einzelnen 1979 auf 20 Prozent im Jahr 2014 gewachsen sei und weiter wachse**. „Europa braucht einen neuen Aufbruch. Und dieser Aufbruch kann nur von Frankreich und Deutschland kommen“, sagte Hans. Der Aachener Vertrag zur deutsch-französischen Zusammenarbeit setze das richtige Zeichen. Wichtig für das Saarland sei, dass dort der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit ein besonderer Stellenwert eingeräumt werde. Mit dem Vertrag soll unter anderem die Angleichung rechtlicher Regelungen in Grenzregionen ermöglicht werden, da unterschiedliches Recht die Zusammenarbeit häufig behindert. Hans nannte dies einen „Quantensprung“. „Damit werden neue Möglichkeiten echter Ko-Administration beispielsweise bei Kitas oder Bus- und Bahnverkehren geschaffen.“

Viel habe sich die Landesregierung für die Zeit ihrer Gipfelpräsidentschaft vorgenommen, so Hans. Bei der Aufzählung ließ er es nicht an Selbstbewusstsein mangeln. So sprach er etwa davon, die Universalität der Großregion, die sich als „Europäische Hochschule“ bewerben will, könne „weltweit als Modell



Europa brauche einen neuen Aufbruch, und der könne nur von Frankreich und Deutschland kommen, so Ministerpräsident Tobias Hans (CDU).  
FOTO: BECKER&BREDEL

gelten“. Die grenzüberschreitende Gesundheitsversorgung solle vertieft werden, auch beim ÖPNV gebe es Handlungsbedarf. Hans schlug zudem eine gemeinsame europäische Kraftanstrengung im Bereich Künstliche Intelligenz (KI) vor, um zu verhindern, dass die EU im Konkurrenzkampf mit den USA und China abgehängt wird. Ausgangspunkt dieser „KI-Union“ müsse das Saarland mit seiner Forschungsexzellenz auf diesem Feld sein.

Strittig war Hans' knapp 50-minütige Rede nicht. Im Landtag würden sich wohl die meisten als überzeugte Europäer bezeichnen – davon wollte sich auch die AfD nicht ausgenommen sehen. Er sei begeisterter Eu-

ropäer, betonte AfD-Fraktionschef Josef Dörr. Die von Hans angesprochenen EU-skeptischen Kräfte seien nicht gegen Europa, sondern nur gegen dessen gegenwärtigen Zustand. „Wir sehen Brüssel als ein bürokratisches Monster.“

Linken-Fraktionschef Oskar Lafontaine unterstützte Hans' Vorschlag, sich auf das Subsidiaritätsprinzip zu besinnen. Dass die EU in einer Krise steckt, hat ihm zufolge aber noch einen anderen Grund: „Wir haben in Europa eine Fehlentwicklung, weil ökonomische Aspekte des Wettbewerbs zu sehr dominieren.“ Der Zusammenhalt könne nur wiederhergestellt werden, wenn kulturelle und soziale Aspekte stär-

ker berücksichtigt würden.

Isolde Ries (SPD) appellierte an die Landesregierung, „den schönen Worten Taten folgen zu lassen“ und die Chancen des Aachener Vertrags zu nutzen. Die Grenzregion habe 230 000 Pendler. „Mehr gibt es in ganz Europa nicht.“ Der Ausbau der Mobilität müsse deshalb an erster Stelle stehen. Dabei gehe es nicht nur um die Fernverbindung Saarbrücken-Paris, sondern auch um einen funktionierenden grenzüberschreitenden ÖPNV. „Hier haben wir noch einige Baustellen.“ So müsse etwa die Saarbahn-Verbindung nach Saargemünd langfristig gesichert und sogar bis nach Forbach ausgebaut werden.

## Koalition wirft AfD falsche Zahlen zu Messer-Delikten vor

**SAARBRÜCKEN** (kir) Die Koalition hat der AfD-Fraktion vorgeworfen, mit falschen Zahlen Stimmung gegen Migranten zu machen. Die Fraktion hatte ihre Forderung nach lückenloser Feststellung der Identität von Migranten mit den 1490 von der Polizei zwischen 2016 und 2018 registrierten Messer-Vorfällen begründet: „Von den ermittelten Tätern waren 289 unbekannter Nationalität.“ Laut Polizei konnte bei diesen 289 Vorfällen aber gar kein Täter ermittelt werden. Christina Baltes (SPD) sagte, die AfD wolle glauben machen, dass in 20 Prozent der Fälle der Täter ein Migrant mit ungeklärter Nationalität sei. Ruth Meyer (CDU) sagte, unter den 289 seien die Deutschen vermutlich genauso in der Mehrheit wie unter den 1201 Taten mit ermittelten Tätern. Sie warf der AfD vor, die Öffentlichkeit zu „bescheißen“.

## Land nutzt auch künftig Microsoft

**SAARBRÜCKEN** (kir) Die Linke hat im Landtag gefordert, in der Landesverwaltung statt Microsoft verstärkt Open-Source-Software einzusetzen. Die Abhängigkeit von Microsoft verursache hohe Kosten und führe zu Sicherheitslücken, so der Abgeordnete Dennis Lander. Open-Source-Software sei in Wissenschaft und Wirtschaft längst Standard. Die große Koalition erklärte, Open Source werde genutzt, wo dies sinnvoll sei. CDU und SPD bezweifelten aber, dass diese Lösungen wirtschaftlicher und sicherer sind. Auch könne es zu Problemen beim Austausch mit anderen Behörden kommen. Lutz Hecker (AfD) sagte, er sehe momentan keine realistische Chance für einen Umstieg.

## Landkreise im Saarland werden nicht abgeschafft

**SAARBRÜCKEN** (noe) Die Landkreise und der Regionalverband im Saarland werden beibehalten. Die AfD-Fraktion ist im Landtag mit ihrem Antrag, die Kreise übergangsweise in einem Regionalverband zusammenzufassen und langfristig ganz abzuschaffen, gescheitert. Die Fraktion hatte ihren Vorstoß mit den hohen Verwaltungskosten begründet. Fraktionschef Josef Dörr warf der großen Koalition vor, vor einer Reform zurückzusehen, aus Angst, den Parteifreunden in den Landratsämtern auf die Füße zu treten. Raphael Schäfer (CDU) – der als Landrat im Kreis Saarlouis kandidiert – erklärte, eine Abschaffung der Kreisebene sei verfassungswidrig. Mit ihrem Vorschlag gefährde die AfD die Eigenständigkeit des Landes: „Er ist Wasser auf die Mühlen derjenigen, die im Saarland ohnehin nur einen Landkreis sehen.“ Magnus Jung (SPD) betonte, die Kreise übernahmen wichtige Aufgaben, etwa im Schulwesen und der Gesundheitspolitik. Zudem würde Bürgernähe verloren gehen, gäbe es die Kreise nicht mehr.

## Koalition macht sich Hoffnung auf Kohle-Hilfen des Bundes

**SAARBRÜCKEN** (kir) Die große Koalition im Saarland tritt dem Eindruck entgegen, dass die von der Kohlekommission für die nächsten 20 Jahre in Aussicht gestellten Bundeshilfen von 40 Milliarden Euro ausschließlich für die Braunkohle-Revier bestimmt sind. „Es geht schwerpunktmäßig um Braunkohleländer und um den Ausstieg aus der Förderung aus der Braunkohle. Es geht aber auch um die Verstromung, und da ist die Steinkohle dabei“, sagte Wirtschaftsministerin Anke Rehlinger (SPD) gestern im Landtag.

Das Saarland hatte in der Kommission unter anderem Strukturhilfen für den Bau von Gaskraftwerken, die Errichtung einer Auto-Uni oder die Gründung eines Deutsch-Französischen Zentrums für Künstliche Intelligenz gefordert. Der CDU-Abgeordnete Marc Speicher sagte, eines dieser Projekte zu bekommen, werde keine Selbstverständlichkeit sein. „Wir werden uns sehr anstrengen müssen, nicht leer auszugehen.“



**Wirtschaftsministerin Anke Rehlinger (SPD)**  
FOTO: OLIVER DIETZE/DPA

Rehlinger sagte, die Verhandlungen in der Kohlekommission seien „nicht ganz einfach“ gewesen. Obwohl es auch um das Ende der Steinkohle-Verstromung gegangen sei, seien alle Debatten „sehr Braunkohle-lastig“ gewesen. Das Saarland sei „ein bisschen behandelt worden wie die Verwandtschaft, die man eigentlich nicht leiden kann, aber trotzdem zur Familienfeier einladen muss.“ Nun sitze das Saarland aber mit am Tisch, und es müsse darauf achten, „nicht mit Krümeln abgespeist“ zu werden. Den Anspruch auf Hilfen begründete sie damit, dass das Land erst 2012 aus dem Bergbau ausgestiegen sei und nun mit dem Ende der

Steinkohle-Verstromung den nächsten Strukturwandel vor sich habe.

Linken-Fraktionschef Oskar Lafontaine sieht vor allem Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) in der Pflicht: „Ich kann mir nicht vorstellen, dass er nicht in der Lage sein wird, irgendetwas für das Saarland zu bewerkstelligen.“ Als Beispiel nannte er die Ansiedlung einer grenzüberschreitenden Batterie-zellfertigung. Außenminister Heiko Maas (SPD) könne sich bei der Standortsuche für das deutsch-französische Forschungszentrum für Künstliche Intelligenz einbringen.

Die AfD-Fraktion trägt die Wunsch-Projektliste des Saarlandes zwar mit, lehnt den Kohle-Ausstieg aber ab. „Wir werden das einzige Land der Welt sein, das sich auf einer mindestens strittigen Grundlage freiwillig vom letzten verfügbaren einheimischen Rohstoff zur Energieerzeugung verabschiedet und sich abhängig macht“, sagte der Abgeordnete Lutz Hecker.

## Windräder dürfen weiterhin im Wald errichtet werden

**SAARBRÜCKEN** (noe) Die Linke im Landtag ist mit einem erneuten Vorstoß, die Errichtung von Windrädern im Wald zu verbieten, gescheitert. Ihr Bau zerstöre die Waldböden, begründete Ralf Georgi (Linke) den Antrag. Eingriffe in den Boden seien jedoch irreversibel. **Der Wald, insbesondere historisch alte Waldstandorte, müssten als Ökosystem geschützt werden.**

Die große Koalition hatte 2017 den Bau von Windrädern in historischem Wald (mindestens 200 Jahre alt) bereits eingeschränkt. In Ausnahmefällen – unter anderem an besonders windhöffigen Stellen – ist er aber weiterhin möglich. Georgi warf der Landesregierung vor, dabei vor allem die Pachteinnahmen im Blick zu haben. Die AfD unterstützte den Antrag. **Lutz Hecker (AfD) sprach sich gar für das Ende des Windkraft-Ausbaus im ganzen Land aus: „Mit jedem weiteren Windrad wird unsere Stromversorgung weder zuverlässiger noch kostengünstiger oder umweltverträglicher.“**

Umweltminister Reinhold Jost (SPD) wies den Vorwurf, die Regie-

rung verfolge wirtschaftliche Interessen, zurück: **„Eine große Anzahl der beantragten Anlagen-Standorte wurde abgelehnt, aus Gründen des Arten- und Naturschutzes.“** Zudem gebe es im Saarland heute mit 93 000 Hektar deutlich mehr Wald als 1990 (88 000 Hektar). **Magnus Jung (SPD) betonte, Windenergie sei notwendig, um dem Klimawandel zu begegnen.** „Wir haben große Probleme im Wald, aber nicht wegen der Windräder, sondern weil sich das Klima verändert hat.“ Die Bäume litten darunter. Er warf der Linken Populismus vor. Sie bringe das Thema mit Blick auf die anstehenden Kommunalwahlen erneut auf. **Stefan Thielen (CDU) räumte ein, dass Windräder eine Belastung seien, nicht nur für Menschen, auch für Tiere und Pflanzen. Doch man müsse eben abwägen zwischen Natur- und Klimaschutz.** Dies sei mit dem geltenden Waldgesetz gut gelungen.

**Produktion dieser Seite:**  
Daniel Kirch  
Dietmar Klostermann

Saarland
Deal des Tages

Aus schlaff wird straff: Die HIFU-Methode macht es möglich. Eine Liftinganwendung rund ums Auge oder Kinnlinie mit Wangen.

HIFU, eine innovative, aber nicht-invasive Methode, macht es möglich. Durch die HIFU-Anwendung (hochintensiver, fokussierter Ultraschall) wird die Neubildung von Kollagen stimuliert.

Das Ergebnis wird man Ihnen ansehen. Jetzt im Studio Inge Förste in Heusweiler, den Experten für Antiaging, Kryolipolyse, HIFU und Haarentfernung im Saarland.

schon ab 250,00 €

Studio Inge Förste  
Sonnenweg 5 | 66265 Heusweiler

Deal nur online erhältlich unter [www.saarland-deals.de](http://www.saarland-deals.de)

Anzeige gilt nicht als Gutschein!